

Die Opfer bleiben unsichtbar

Der Bericht der Wahrheitskommission in Peru bleibt ohne Folgen für die Täter

von Hildegard Willer

Er wurde hochgelobt: Der Bericht der Wahrheitskommission sollte Schluss machen mit Korruption und Gleichgültigkeit in der peruanischen Gesellschaft und versprach Entschädigung für die Opfer. Aus all den Plänen ist bislang nicht viel geworden. Vergibt das Land die große Chance auf Versöhnung?

Meine beiden Praktikanten in der Redaktion der Menschenrechtszeitschrift „Ideele“ lachen gerne, unterhalten sich über ihre neuen Flirts und spielen die letzte Raubkopie von Gian Marco auf dem Redaktionscomputer ab. Niemand würde auf den ersten Blick vermuten, dass Mónica und Juan¹ praktisch im Gefängnis groß geworden sind: Juan wurde als 18-jähriger Student beim Verteilen von Flugblättern des „Leuchtenden Pfades“ festgenommen und zu 12 Jahren verurteilt. Dank eines Gnadenerlasses kam er aufgrund seines Gesundheitszustandes nach acht Jahren frei. Mónica hat 10 Jahre lang ihre Mutter im Frauengefängnis von Chorrillos besucht, dort Weihnachten und alle Geburtstage verbracht. Mónicas Mutter Teresa war mit einem Mitglied der MRTA befreundet, dies reichte Anfang der 90er Jahre aus, um Teresa vor ein Militärgericht zu stellen und zu einer jahrelangen Haftstrafe zu verurteilen.

Verdecktes ans Licht bringen

So wie man Juan und Mónica ihre Leidensgeschichte nicht ansieht, so merkt man auch dem heutigen Peru auf den ersten Blick kaum an, dass die letzten 20 Jahre von Terror und Gewalt geprägt waren: die 80er Jahre vom Bürgerkrieg zwischen den Terrormilizen des „Leuchtenden Pfades“ und den staatlichen Ordnungskräften, die 90er Jahre vor allem durch Menschenrechtsverletzungen des Fujimori-Regimes unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung. Die offizielle Geschichte lautete anders: Fujimori hatte den Terrorismus besiegt, den Anführer des Leuchtenden Pfades, Abimael Guzmán festgenommen, und das Land befriedet und in die internationale Staatengemeinschaft zurückgeführt. Nur Menschenrechtsorganisationen und einzelne Journalisten machten auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam. Als das Fujimori-Regime im Jahre 2000 durch seine Korruptionsskandale und durch massive Bürgerproteste stürzte, war der Moment gekommen, eine Wahrheitskommission zu fordern. Die Übergangsregierung setzte die Kommission ein, der 2001 gewählte Präsident Alejandro Toledo erhöhte die Zahl der Kommissionsmitglieder später auf zwölf und bekräftigte ihr Mandat, die Geschichte der politischen Gewalt in Peru zwischen 1980 und 2000 zu erforschen und Empfehlungen für eine nationale Versöhnung abzugeben.

Tiefe Wunden der Gesellschaft

Zwei Jahre lang hörten sich die 12 Kommissionsmitglieder und ein zeitweilig bis zu 500köpfiges Team unter der Leitung des ehemaligen Rektors der Katholischen Universität, Salomon Lerner, Aussagen von fast 1700 Opfern an, sprachen mit verantwortlichen Militärs, Politikern und Terroristenführern, erforschten und verglichen Zeitdokumente. Das Ergebnis ist in acht Bänden festgehalten und wurde am 28. August 2003 zusammen mit Empfehlungen für einzuleitende Schritte Alejandro Toledo übergeben.

Der Bericht legt die tiefen Wunden der peruanischen Gesellschaft frei: Im Bürgerkrieg sind erheblich mehr Menschen umgekommen als angenommen. Fast 70 000 Opfer, so die Hochrechnung der

Kommission, forderte der Bürgerkrieg. 54 Prozent der Opfer gehen auf das Konto der maoistischen Terrororganisation Leuchtender Pfad, was auch die letzten davon abhalten sollte, diese Organisation zu rechtfertigen oder gar zu romantisieren. Aber auch die staatlichen Ordnungskräfte – Armee und Polizei – sind nicht unschuldig: Die von höchsten Armeekreisen angeordnete und von den jeweiligen demokratisch gewählten Regierungen geduldete Terrorbekämpfung erforderte eine Vielzahl von Todesopfern. All diese Verbrechen konnten nur deshalb ungestraft begangen werden, weil die Opfer in ihrer größten Mehrzahl indianischstämmige Bauern waren, die in abgelegenen Andenprovinzen ein kärgliches Leben fristen. Der Bericht der Wahrheitskommission deckt den eigentlichen Skandal Perus auf: Es gibt hier Menschen zweiter und dritter Klasse, die nicht umgebracht wurden, weil sie eine bestimmte politische Option vertraten, sondern weil es Staat und Gesellschaft egal war, ob sie lebten oder starben. Der tiefe Graben des Rassismus und der Ungleichheit, der die peruanische Gesellschaft durchzieht, ist nach der Veröffentlichung des Berichtes, nicht mehr schönzureden.

Kaum Entschädigungen

Damit die Erkenntnisse der Wahrheitskommission zu einer Aussöhnung führen, sind vor allem drei Maßnahmen nötig: Die Opfer müssen entschädigt werden, die Schuldigen müssen vor ein ordentliches Gericht gestellt werden und der Staat muss strukturelle Reformen zur Demokratisierung von Armee und Polizei durchführen.

Aber ein Jahr nach Bekanntgabe des Berichts, ist die Bilanz ernüchternd: Während Polizei und Militär zumindest zaghafte Reformschritte eingeleitet haben, hat die Justiz bisher nichts unternommen, um die Schuldigen vor Gericht zu stellen. Noch desolater ist die Situation der Opfer, die Anspruch auf eine Entschädigung haben. Die Wahrheitskommission hatte einen Entschädigungsplan vorgelegt, der sowohl Einzelentschädigungen in Form von Witwen- und Waisenrenten oder Schulstipendien, Infrastrukturmaßnahmen als kollektive Entschädigung für die betroffenen Gebiete, sowie ein umfassendes psychologisches Programm zur Traumaverarbeitung vorsieht. Wohlweislich hat die Kommission keine Zahlen genannt, um bei den Opfern nicht zu hohe Erwartungen zu schüren. Bis heute hat die peruanische Regierung jedoch einen Entwicklungsplan für einige Provinzen angekündigt, einen Plan, der seit längerer Zeit in der Schublade lag und ursprünglich das Ziel hatte, die Entwicklung in den Drogenanbaugebieten Perus zu fördern. Der vorgeschlagene Entschädigungsplan wird durch diese Maßnahme, so die ehemaligen Kommissionsmitglieder, verwässert. Ein kleiner Lichtblick: einige staatliche Sozialprogramme (Gesundheit, Wohnungsbau, Schulstipendien) haben eine Quote für Opfer des Bürgerkrieges vorgesehen.

Es sind viele Gründe, warum der im Ausland hochgelobte Bericht der Wahrheitskommission bisher keine Folgen zeigt: eine Regierung, die nur um ihr Überleben kämpft und kurzfristigen Interessen nachgibt; die halbherzige bis ablehnende Aufnahme des Berichtes durch Militär, Polizei und politischen Entscheidungsträger; Opfer, die keine öffentliche Lobby haben; die Gleichgültigkeit einer Bevölkerung, die mit dem eigenen Überleben genug zu tun hat und sich fragt, wozu es gut sein soll, in die Vergangenheit schauen; eine Gesellschaft, die durch 20 Jahre Bürgerkrieg, Korruption und neoliberales Wirtschaften zutiefst misstrauisch geworden ist gegenüber gesellschaftlichem Engagement.

Entschädigung als konkretes Recht

„Die Kernaussage des Berichtes ist, dass die Opfer in der peruanischen Gesellschaft unsichtbar sind“, sagt Sofia Macher. Sie war Mitglied der Wahrheitskommission und arbeitet heute im Instituto de Defensa Legal daran, die Empfehlungen der Kommission in der Provinz Huancavelica umzusetzen.

„Wir müssen ein Informationssystem aufbauen, damit alle Opfer, auch die in den hintersten Winkeln Perus, wissen, worauf sie jetzt schon Anspruch haben: z.B. eine Wohnung im staatlichen Wohnungsbauprogramm, Gesundheitsversorgung, bevorzugte Behandlung im Stipendienprogramm

oder der Erhalt eines Personalausweises ohne viel Aufwand“. Außerdem müssen die Provinz- und Lokalregierungen befähigt werden, konkrete Vorschläge für kollektive Entschädigungsmaßnahmen auszuarbeiten und die Opfer mit Entschädigungsanspruch in einer Datenbank zu registrieren. „Es ist wichtig, dass die Forderung nach Entschädigung nicht allgemein bleibt, sondern dass die Opfer ein konkretes Recht einklagen können“.

Peru ist ein armes Land, und die Opfer gehören zur ärmsten Bevölkerungsschicht. Es besteht die Gefahr, dass Entschädigungsmaßnahmen in allgemeinen Entwicklungsprogrammen aufgehen. Die Institutionen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit unterstützen zwar vielfältige Projekte zugunsten der Opfer des Bürgerkrieges. Sie fordern jedoch, zu Recht, dass auch der peruanische Staat seinen Teil dazutut und entsprechende Mittel zur Verfügung stellt. Bisher fehlt auch den Akteuren der EZA eine gemeinsame Strategie und Koordination, damit ihre Maßnahmen als Teil eines Entschädigungsplanes sichtbar werden. „Denn“, so Sofia Macher, „wir werden die Armut nie überwinden, wenn wir nicht Würde und Bürgerrechte für die Opfer erlangen“.

Skepsis und Zuversicht

Juan und Mónica, meine Praktikanten, kommen eben von einer Veranstaltung mit Opfern des Bürgerkrieges in Huancavelica zurück. „Die Opfer haben große Erwartungen, zu große“, meint Juan. „Und glaubt Ihr, dass die Wahrheitskommission zu einem greifbaren Ergebnis führen wird?“, frage ich sie. „Ehrlich gesagt, nein. Ich glaube keinen Versprechungen mehr“, sagt Juan, der für seine jugendliche Begeisterung für den Leuchtenden Pfad bitter gebüßt hat. Mónica ist zuversichtlicher: „Etwas wird sich zumindest für die Opfer verbessern und ich werde mich dafür einsetzen“.

Aus: Contacts Nr. 3-4/2004

Die Diplomtheologin Hildegard Willer ist seit 1999 AGEH Fachkraft in Peru. Sie arbeitet dort im Instituto de Defensa Legal und ist Koordinatorin der Bethlehem Mission Immensee für Peru. - Zwei Jahre lang hörte sich die Wahrheitskommission Aussagen von fast 1.700 Opfern an, sprach mit verantwortlichen Militärs, Politikern und Terroristenführern, erforschte und verglich Zeitdokumente. Die Verbrechen des Bürgerkriegs konnten nur deshalb ungestraft begangen werden, weil die Opfer in ihrer Mehrzahl indianisch-stämmige Bauern waren, die in abgelegenen Andenprovinzen ein kärgliches Leben fristen.